

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

100 offene Lehrstellen

Dem Amt für Berufsbildung sind per 1. März 1994 noch rund 100 offene Lehrstellen für den kommenden Sommer gemeldet worden. Die noch freien Ausbildungsplätze verteilen sich auf 34 verschiedene Berufsgattungen aus dem Gewerbe, der Industrie und dem Dienstleistungssektor. Den Lehrstellenkatalog mit zusätzlichen Hinweisen auf Neuigkeiten in der Berufsbildung finden Sie im Inseratenteil der heutigen Ausgabe. Der Lehrbeginn für die neuen Berufslehren wurde vom Berufsbildungsamt auf Montag, den 11. Juli 1994 festgelegt, wobei allerdings eine Eintrittsspanne vom 4. Juli bis 16. August toleriert wird, da am 16. August zugleich die Berufsschulen beginnen.

Notfalls bilaterale Einigung mit der EU

Saarbrücken (AP) Österreich will der Europäischen Union auch dann nach dem ausgehandelten Zeitplan beitreten, wenn die EU-Beitrittsverhandlungen mit Norwegen scheitern sollten. Der österreichische Aussenminister Alois Mock sagte am Freitag im Saarländischen Rundfunk, sein Land werde nach dem Grundsatz verfahren, «bilateral zu verhandeln und wenn notwendig auch bilateral abzuschliessen». Wichtig sei, dass «mit oder ohne Lösung des norwegischen Problems» der Zeitplan eingehalten werde. Doch hoffe er, dass die Hürden bei den Verhandlungen mit Norwegen bis spätestens Dienstag nächster Woche überwunden würden.

Die Hälfte der Mietstreitigkeiten beigelegt

Bern (AP) Im zweiten Halbjahr 1993 sind in der Schweiz knapp die Hälfte aller Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern beigelegt worden. In rund 22 Prozent kam keine Einigung zustande. Wie das Bundesamt für Wohnungswesen am Freitag mitteilte, gingen bei den Schlichtungsbehörden für Mietangelegenheiten im zweiten Halbjahr insgesamt 21.874 neue Anfechtungen ein.

Die Schlichtungsbehörden behandelten insgesamt 30.989 Anfechtungen. Während in rund 49 Prozent der Fälle eine Einigung zustande kam, blieben rund 22 Prozent der Fälle ungelöst. Laut Mitteilung betrafen 194 der geeinigten Fälle den Anfangsmietzins und 4222 Fälle Mietzinserhöhungen.

Anpassung des Postvertrages mit der Schweiz an die EWR-Regeln?

PTT-Generaldirektor Dr. Jean-Noël Rey stattete gestern der Regierung einen Höflichkeitsbesuch ab – Gespräch mit Ressortinhabern

(G. M.) – Der seit über sieben Jahren bestehende Vertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein über die Besorgung der PTT-Dienste muss wahrscheinlich abgeändert werden, damit die Divergenzen zwischen den schweizerischen Bestimmungen und den EWR-Regeln beseitigt werden können. Einer der Gesprächspunkte beim gestrigen Besuch des schweizerischen PTT-Generaldirektors, Dr. Jean-Noël Rey, bei der liechtensteinischen Regierung bildete dieser Abänderungsbedarf.

Der PTT-Generaldirektor stattete den Höflichkeitsbesuch Regierungschef Dr. Mario Frick ab. Zugewogen bei den Gesprächen waren auch Regierungsrätin Dr. Andrea Willi als zuständige Ressortinhaberin für Auswärtige Angelegenheiten und Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner, in deren Zuständigkeitsbereich PTT-Angelegenheiten fallen. Über den Inhalt der Gespräche, die sich dem Vernehmen nach vor allem um die bilaterale Zusammenarbeit auf der Basis des Postvertrages und um die Neuerungen im Telekommunikationssektor auf europäischer Ebene drehten, wurden keine konkreten Angaben gemacht.

Untersuchungen über Telekommunikation

Das unterschiedliche Abstimmungsergebnis über den EWR-Beitritt in der Schweiz und in Liechtenstein tangiert den Postvertrag von 1920, der 1978 revidiert wurde, auf dem Gebiete der Telekommunikation. In ihrem ersten Bericht zum EWR-Abkommen nach der Volksabstimmung hielt die Regierung fest, dass Untersuchungen in Gange seien, inwieweit eine Anpassung des Postvertrages notwendig sein könnte, «um mögliche zukünftige Divergenzen zwischen den schweizerischen und den EWR-Regeln berücksichtigen zu können.» In den nachfolgenden beiden Berichten enthielt sich die Regierung jeglicher Aussagen über das Untersuchungsergebnis, doch ist ein Handlungsbedarf gegeben, um eine Anpassung des Postvertrages vorzunehmen.

Binnenmarkt bei Telekommunikation

Das im EWR übernommene EG-Recht verfolgt zwei Richtungen zur Verwirklichung des Binnenmarktes für Telekommunikationsdienstleistungen: Einerseits werden alle ausschliesslichen Rechte für das Erbringen von Telekommunikationsdiensten mit Ausnahme der



Der Generaldirektor der PTT, Dr. Jean-Noël Rey (auf der rechten Seite verdeckt in der Mitte) stattete in Begleitung von Kreispostdirektor Walter Schmuckli und eines persönlichen Mitarbeiters der Regierung einen Höflichkeitsbesuch ab. Auf der linken Seite Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner, Ressortinhaberin für das Verkehrswesen und damit zuständig für PTT-Angelegenheiten, Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, Ressortinhaberin für Auswärtige Angelegenheiten. (Bild: Beat Schurte)

Telefone aufgehoben und andererseits werden harmonisierte Bedingungen für den Zugang zum und die Nutzung von öffentlichen Fernmeldegesetz geschaffen.

Die EG-Richtlinien liberalisieren die Nutzung von Mietleitungen, auf denen auch Datenverkehr für Dritte und der einfache Weiterverkauf von Übermittlungskapazität erlaubt sein soll. Ferner harmonisieren andere Richtlinien die Nutzung der Telefonnetze, den Funkruf und die schnurlose Digitaltelekommunikation. Geplant ist auch die Harmonisierung der Vorschriften über den Datenschutz im Zusammenhang mit den neuen Angeboten auf dem Telekommunikationssektor.

EWR-Einfluss auf die Postverwaltungen

Über die Postdienste enthält der EWR-Vertrag keine spezifischen Regelungen, doch die Wettbewerbsregeln werden einen Einfluss auch auf die Postverwaltungen ausüben. Absprachen zwischen Postverwaltungen, wie sie insbesondere im Rahmen der Konferenz

europäischer Fernmeldeverwaltungen (Cept) üblich waren, sind nach den Bestimmungen des EWR-Vertrages, sofern sie kartellistischer Natur sind, EWR-vertragswidrig. Wie aus dem Anhang zum EWR-Abkommen hervorgeht, plant die EG, ähnlich dem Telekommunikationsbereich, Massnahmen zur Begrenzung der nationalen Monopolrechte auf eine eng umschriebene Grunddienstleistung sowie Harmonisierungsmassnahmen zum Erbringen von paneuropäischen Diensten.

Würdigung der PTT-Beziehungen

In den Gesprächen zwischen PTT-Generaldirektor Rey und den Mitgliedern der liechtensteinischen Regierung dürfte auch eine Würdigung der PTT-Beziehungen vorgenommen worden sein. Das «Übereinkommen» betreffend die Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephonendienstes im Fürstentum Liechtenstein durch die schweizerische Postverwaltung und die schweizerische Telegraphenverwaltung, wurde am 10. November 1920 – also noch vor dem Zollvertrag

von 1923 – unterzeichnet. In den Grundzügen hat dieser Vertrag, der sich für unser Land als vorteilhaft erwies, heute noch Gültigkeit, obwohl 1978 – nach achtjährigen Verhandlungen – ein neuer Vertrag unterzeichnet wurde, der vor allem die Radio- und Fernsehhoheit für Liechtenstein festschrieb und Änderungen im Rechnungswesen brachte.

Die lange Verhandlungsdauer bis zum Abschluss eines neuen Vertrags zeigte an, dass verschiedene Missverständnisse aufzuklären waren, wie sich Verhandlungsvertreter damals äusserten, bis das «neue Werk der Partnerschaft» geschaffen und unterzeichnet war.

Keine Seite habe der anderen etwas aufgezwungen, erklärte der damalige Verhandlungsleiter Dr. Walter Kieber und fügte hinzu: «In einer Welt, in der es nicht selbstverständlich ist, dass der Stärkere und Grössere auf den Kleineren und Schwächeren Rücksicht nimmt, ist der Vertrag ein Modell, das weit über die Grenzen unserer beiden Länder hinauswirkt.»

Schweiz schliesst «Mini-EWRs» in Grenzkantonen aus

Vermehrte Berücksichtigung von Kantonsanliegen in Aussenpolitik

Bern (AP) Die Anliegen der Schweizer Kantone sollen in der Aussenpolitik vermehrt berücksichtigt werden. Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit will der Bund die Grenzkantone nach Möglichkeiten finanziell und politisch unterstützen, wie der Bundesrat in einem am Freitag veröffentlichten Bericht festhält. Die Verwirklichung von «Mini-EWRs» in den Grenzregionen sei jedoch ausgeschlossen.

Nach der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 sei in den Grenzkantonen der Ruf nach einer Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit laut geworden, um die entgangenen EWR-Vorteile zumindest teilweise wettzumachen.

Mit seinem Bericht gebe der Bundesrat die formelle Antwort auf zahlreiche parlamentarische Vorstösse, sagte der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Flavio Cotti, an einer Pressekonferenz.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hänge massgeblich vom Willen und von der Initiative der Kantone ab, der Bund definiere den Rahmen. Zu den Forderungen der Kantone sagte Cotti, der Bund sei bereit, die mögliche politische und diplomatische Unterstützung

zu gewähren. Bezüglich der finanziellen Unterstützung werde der Bundesrat noch im Verlaufe dieses Jahres eine Botschaft zu einem Bundesbeschluss über die Förderung von kantonalen und regionalen Aktivitäten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative der EU zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch an den EU-Aussenstellen (INTERREG II) unterbreiten. Gemäss dem Bericht ist der Bundesrat mit einer möglichst autonomen Gestaltung der grenzüberschreitenden Beziehungen der Kantone einverstanden. Die Kontakte zwischen kantonalen und Bundesstellen zeichneten sich zuweilen durch einen Mangel an Koordination aus.

Um diesen zu beheben, beabsichtige der Bundesrat, eine bereits bestehende EDA-Sektion als eigentliche Informations- und Koordinationsstelle für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen.

Bezüglich der Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik bekräftigt der Bundesrat seinen Willen, bei Fragen der europäischen Integration die Kantonskompetenzen und -interessen zu berücksichtigen. Die Kantone sollen umfassend informiert und angehört sowie bei Entscheidungen beigezogen werden. Eine akti-

vere Rolle der Kantone sei namentlich bei der Vorbereitung der Verhandlungen mit der EU vorgesehen, sagte der Chef des Integrationsbüros, Bruno Spinner. Eine wichtige Rolle soll den Eurodelegationen der Kantone sowie dem Integrationsbüro EDA/EVD zukommen. Der Bundesrat erklärte sich im weiteren bereit, Zweckmässigkeit, Inhalt und Form einer rechtlichen Regelung der Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik in einer paritätischen Arbeitsgruppe zu erörtern.

Primat des Bundes

Was Wünsche in Richtung Liberalisierungs- und Integrationsverträge angeht, ist der Spielraum klein. Am verfassungsmässig verankerten Primat des Bundes in der Aussenpolitik werde nicht gerüttelt, hielt Cotti fest. Er sei jedoch bereit, die Kompetenzen der Kantone weiterhin liberal auszulagern.

Zur Wahrung des inneren Gleichgewichts der Eidgenossenschaft sei es aber angezeigt, an der Einheitlichkeit der Integrationspolitik festzuhalten. Der Bundesrat werde gegen aussen die Interessen der Gesamtheit der Kantone zu wahren wissen, ohne die Binnenkantone gegenüber den Grenzkantonen zu benachteiligen, heisst es im Bericht.

Auswanderung kein Ausweg für Arbeitslose

Bern (AP) Die Zahl der Auswanderer nimmt nach Einschätzung des BIGA zu. Gründe sind die Enge in der Schweiz und die Angst vor einem Krieg in Osteuropa, wie ein Auswanderungs-Berater sagt. Für Arbeitslose und Habenichtse ist die Emigration anders als früher kein Ausweg. Sie sind in fremden Ländern nicht willkommen; verlangt werden Unternehmungsgeist und Investitionskapital.

«Den klassischen Auswanderer, der alle Zelte abbricht und im Ausland eine neue Existenz sucht, den gibt es höchstens noch in der Landwirtschaft», meint Roland Flükiger, der im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) die Sektion Auswanderung leitet. Letztes Jahr gingen bei der Dienststelle 28.000 Anfragen ein, fünf Prozent mehr als im Jahr zuvor. Etwa die Hälfte betrafen gemäss Flükiger die Auswanderung. Oft hätten die Leute romantische Vorstellungen, das Auswandern sei aber sehr schwierig geworden, sagt er und verweist auf die wirtschaftlich schwierige Lage vieler Staaten und verschärfte Aufnahmebedingungen klassischer Einwanderungsländer wie die USA und Kanada. Die Zahl der Auslandschweizer ist seit Jahren steigend. Gemäss Statistischem Jahrbuch wanderten zwischen 1989 und 1991 jährlich je etwa 30 000 Schweizerinnen und Schweizer aus.

huber
Kantonaler
Lehrer-
Berufsbildungs-
rat
Lehrer-
Berufsbildungs-
rat

VADUZ • STÄDTLE 34 • RATHAUSPLATZ
LECH A. ARLBERG • AMBROSIIUSPASSAGE